

**Thema: Osteuropapolitik**

Antragsteller: LFA Europa und Internationale Politik

---

*Der Landesparteitag hat beschlossen:*

1 Die FDP Sachsen fordert die sächsische Staatsregierung auf, sich intensiv in den Diskurs  
2 zwischen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen  
3 Staaten, insbesondere der Visegrád-Gruppe-Staaten einzubringen. Der sächsische  
4 Ministerpräsident ist als aktueller Bunderatspräsident an der entsprechenden Position, um zu  
5 vermitteln, dass es keine Teilung in ein Ost- und Westeuropa geben darf, ein Europa der zwei  
6 Geschwindigkeiten oder ein Europa unterschiedlichen Vertrauens. Dies würde sowohl den  
7 Osteuropäern als auch den Sachsen schaden.

8  
9 Der Freistaat Sachsen muss im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf einwirken, dass Sachsen  
10 nicht zur neuen Außengrenze eines "Kerneuropas" wird. Die FDP Sachsen sieht in einer engen  
11 Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern eine gemeinsame Zukunft, die durch die  
12 aktuellen Entwicklungen gefährdet wird.

13  
14 Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat sich als Bundesratspräsident Mitte Februar zum  
15 aktuellen Verhältnis zwischen Deutschland und Polen geäußert, indem er mehr Verständnis für  
16 die Polen forderte und Deutschland Oberlehrer-Allüren attestierte. Im Rahmen der geplanten  
17 Rechtsstaatlichkeitsprüfung der EU haben sich die Beziehungen zwischen Polen und  
18 Deutschland verschlechtert.

19  
20 Verständnis ist sicherlich angebracht, und wir sollten den demokratischen Kräften in Polen die  
21 Zeit geben, die neuen politischen Machtverhältnisse für sich selbst einzuordnen. Jedoch muss  
22 es auch das klare Zeichen geben, welche Folgen eine weitere Separierung der  
23 osteuropäischen Staaten für die Weiterentwicklung einer gemeinschaftlichen Zukunft haben  
24 kann. Erst in den letzten Jahren wurden die Erfolge der Zusammenarbeit der letzten 25  
25 Jahren sichtbar, diese dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

26  
27 Diese enge Verbundenheit zwischen Sachsen und Polen muss die sächsische Staatsregierung  
28 nutzen, um darauf hinzuwirken, die aufkeimende Abschottungspolitik und die Vorbehalte  
29 gegenüber Deutschland abzumildern. Insbesondere die gemeinsame Vergangenheit und die  
30 gemeinsamen 40 Jahre unter sowjetisch-russischem Einfluss verbinden uns. Sachsen, Polen  
31 und Tschechien verbindet eben mehr als nur die geographische Nähe. Auch den Osteuropäern  
32 ist die EU und Deutschland näher als Russland, dies zeigt sich unter anderem bei der klaren  
33 Unterstützung vieler politischer Kräfte in Osteuropa für die aktuelle EU-Politik gegenüber  
34 Russland.

35  
36 **Begründung:**

37  
38 *Weitere Begründung erfolgt mündlich*